

45. Sitzung des Gemeinderates - öffentlich -

Sitzungstag:

Mittwoch, 18.10.2017

Sitzungsort:

Sitzungssaal Rathaus 1. OG

Namen der Mitglieder des Gemeinderates		
anwesend	abwesend	Abwesenheitsgrund
Vorsitzender: Erster Bürgermeister Andreas Kemmelmeier		
Niederschriftführer: Lothar Kipp		
Gremiumsmitglieder: Betina Mäusel Johann Zehetmair Manfred Axenbeck Josef Ebert Dr. Günther Ernstberger Gisela Fischer Simone Guist Udo Guist Lorenz Ilmberger Albert Kirnberger Franz Klietsch Johannes Mecke Edith Michal Gertrud Mörike Günter Peischl Manuel Prieler Marianne Rader Jutta Schödl Philipp Schwarz Manfred Unterstein Thomas Weingärtner		
	Sabine Fister Andreas Post Franz Solfrank	

45. Sitzung des Gemeinderates vom 18.10.2017

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Gemeinderats, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt ferner die anwesenden Vertreter der Presse, die Vertreter der Verwaltung sowie sämtliche Zuhörer der öffentlichen Sitzung.

Der Vorsitzende gratuliert dem Gemeinderatsmitglied Herrn Schwarz nachträglich zur Hochzeit.

Entschuldigt fehlen an der heutigen öffentlichen Sitzung die Gemeinderatsmitglieder Frau Fister, Herr Post sowie Herr Solfrank.

Vor dem Einstieg in die heutige Beratung und Beschlussfassung über die einzelnen Tagesordnungspunkte berichtet der Vorsitzende von Gesprächen mit den Stadtwerken München (SWM) und von einer Nachricht der SWM. In der Bürgerversammlung 2017 brachte der Unterföhringer Bürger, Herr Josef Trundt, die Anregung ein, dass die Gemeinde gegen die SWM Klage erheben sollte, wenn nicht beim geplanten Neubau der Gasturbinen im Gaskraftwerk Freimann entsprechende Filteranlagen eingebaut werden würden.

In dieser Email Nachricht vom 13.10.2017 teilt der Leiter für Technik und Produktion Energie, Herr Bieniek, mit, dass im Gaskraftwerk Freimann entsprechende Filteranlagen beim geplanten Neubau der Gasturbinen berücksichtigt werden. Bei diesen handelt es sich zum einen um eine DeNOx-Anlage zur weiteren Reduktion der Stickoxide und zum anderen um einen Oxy-Kat um auch die Kohlenmonoxidemission weiter zu senken. Bezüglich der Grenzwerte dieser beiden Stoffe hat die SWM niedrigere Grenzwerte auferlegt bekommen und könne diese durch die verbauten Filteranlagen, welche dem derzeit bestverfügbaren Stand der Technik entsprechen, nochmals deutlich unterschreiten.

Die vorgezogenen und freiwilligen Maßnahmen würde die SWM vor der Erstinbetriebnahme der Gasturbinen umsetzen und damit verhindern wollen, dass gegen das laufende Genehmigungsverfahren Klage eingereicht wird. Der Vorsitzende dankt Herrn Trundt daher außerordentlich für diesen Anstoß und freut sich -ohne den Gerichtsweg beschreiten zu müssen- über den Ausgang der Sachlage.

Nachdem keine Einwände gegen die festgesetzte Tagesordnung bestehen, eröffnet der Vorsitzende die Sitzung.

45. Sitzung des Gemeinderates vom 18.10.2017

Lfd.
Nr. Anwe-
 send

Vortrag - Beschluss

625 22 **Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift**

Beschluss: 22 : 0

Die Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 21.09.2017, die den Gemeinderatsmitgliedern übermittelt worden ist, wird genehmigt.

AZ 024
Hauptamt

626 22 **Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen**

Folgende Beschlüsse können in der heutigen Sitzung veröffentlicht werden, da die Gründe für die Geheimhaltung weggefallen sind:

Sitzung des Gemeinderates am 21.09.2017, Beschluss G661
Kulturprogramm Frühjahr / Sommer 2018
(Empfehlungsbeschluss aus dem Jugend- und Kulturausschuss)

Der Gemeinderat folgt der Empfehlung des Jugend- und Kulturausschuss vom 13.09.2017 (Beschluss Nr G66) und stimmt dem vorgelegten Kulturprogramm Frühjahr / Sommer 2018, Stand 13.09.2017, zu.

Ebenso wird der Beibehaltung der aus der Abonnementstruktur resultierenden Gewichtung der einzelnen Genres sowie der Beibehaltung der bisherigen Preisgestaltung zugestimmt.

Sitzung des Gemeinderates am 21.09.2017, Beschluss G662
Anpassung der Abonnement-Bedingungen und Allgemeinen
Geschäftsbedingungen für das Bürgerhaus Unterföhring
(Empfehlungsbeschluss aus dem Jugend- und Kulturausschuss)

Der Gemeinderat folgt der Empfehlung des Jugend- und Kulturausschusses (Beschluss Nr. G65) vom 13.09.2017 und fasst folgenden Beschluss:

§ 2 Absatz 2 der Abonnement-Bedingungen des Bürgerhauses Unterföhring wird wie folgt geändert:

Der Abo-Vertrag verlängert sich automatisch um eine weitere Spielzeit, wenn nicht bis zu dem in der Zahlungsaufforderung genannten Kündigungstermin schriftlich (E-Mail und/oder Fax reicht aus) gekündigt und die Kündigung durch die Gemeinde Unterföhring schriftlich (E-Mail und/oder Fax reicht aus) bestätigt wird.

45. Sitzung des Gemeinderates vom 18.10.2017

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

*§4 Absatz 2 der Abonnement-Bedingungen des Bürgerhauses Unterföhring wird wie folgt geändert:
Dies gilt auch für Schwerbehinderte ab 50% GdB und deren (eine) Begleitperson.*

In § 2 Nr. 2.1 der Allgemeinen Geschäftsbedingungen für das Bürgerhaus Unterföhring werden die Worte Schwerbehinderte ersetzt durch Schwerbehinderte ab 50% GdB.

*In § 2 Nr. 2.1 der Allgemeinen Geschäftsbedingungen für das Bürgerhaus Unterföhring wird der folgende Satz ersatzlos gestrichen:
Über den Online-Ticket-Shop können keine ermäßigten Karten erworben werden, hier sind die anderen Verkaufseinrichtungen zu nutzen.*

*§ 2 Nr. 2.2 der Allgemeinen Geschäftsbedingungen für das Bürgerhaus Unterföhring wird um folgenden Satz ergänzt:
Die Zahlung mit Kreditkarte ist im Online-Ticket-Shop möglich.*

Die veröffentlichten Beschlüsse gelten der Öffentlichkeit als bekanntgemacht.

AZ 024
Hauptamt

627 22

Gemeinsamer Antrag der CSU-Fraktion und SPD-Fraktion auf Aufnahme der politischen Jugendgruppierungen in das Unterföhringer Gemeindeblatt

Mit Schreiben vom 05.06.2017 (eingegangen am 09.06.2017) haben die Vorsitzenden der CSU-Fraktion und der SPD-Fraktion, Herr Axenbeck und Herr Schwarz, einen gemeinsamen Antrag auf Aufnahme der politischen Jugendgruppierungen in das Unterföhringer Gemeindeblatt eingereicht. Der Antrag wurde im Vorfeld zur heutigen Sitzung dem Gremium bekannt gemacht.

Der Antrag lautet wie folgt:

„der Gemeinderat möge beschließen:

Die politische Jugendarbeit wird im Gemeindeblatt mit einer eigenen Rubrik berücksichtigt, ohne dabei die Kontingente der Parteien zu beeinträchtigen. Dabei erhält jede politische Jugendorganisation sowie die Jugendbeauftragte und das zukünftige Jugendbeiratsgremium die gleiche Zeichenanzahl wie die Parteien im Unterföhringer Gemeinderat.

BEGRÜNDUNG

Der Gemeinderat hat die Gründung eines Jugendbeirates beschlossen, die Jugendbeauftragte der Gemeinde hat mit dem Bürgermeister eine gemeinsame Jugendsprechstunde ins Leben gerufen und in der Gemeinde

45. Sitzung des Gemeinderates vom 18.10.2017

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

bestehen glücklicherweise aktive Jugendorganisationen. Im Gemeinderat herrscht der Konsens, die jugendpolitische Arbeit und das Interesse der Jugendlichen weiter zu fördern.

Ziel sollte es daher sein, die politischen Informationen und die Möglichkeit der politischen Meinungsbildung weiter auszubauen und zu unterstützen.

Wir sehen es daher als sinnvoll an, wenn für Informationen und Bekanntgaben der Jugendbeauftragten und der politischen Jugendorganisationen ein gleicher Bereich wie für die übrigen politischen Parteien im Gemeindeblatt Unterföhring geschaffen wird, ohne dabei die Kontingente (2.000 Zeichen inkl. Leerzeichen und Bildmaterial) der im Gemeinderat vertretenen Parteien zu beeinträchtigen. Die Gemeinde kann sich glücklich schätzen, eine politisch aktive Jugend am Ort zu haben. Diese Arbeit muss unserer Meinung nach unterstützt werden.“

Nach kurzer Erläuterung im Gremium, dass die Jugendbeauftragte und das künftige Jugendbeiratsgremium überparteilich und unpolitisch agieren, stimmten die Antragsteller zu, den Antrag entsprechend anzupassen.

Beschluss: 22 : 0

Die politische Jugendarbeit wird im Gemeindeblatt mit einer eigenen Rubrik berücksichtigt, ohne dabei die Kontingente der Parteien zu beeinträchtigen. Dabei erhält jede politische Jugendorganisation die gleiche Zeichenanzahl wie die Parteien im Unterföhringer Gemeinderat.

AZ 04
Hauptamt

628

22

Anträge der SPD-Fraktion:

zur Erstellung eines Fuß- und Radweges zwischen Ringstraße und Apianstraße; Errichtung eines geschichtlichen Weges zur Vermessung Bayerns

Mit Schreiben vom 29.08.2017 (eingegangen am 30.08.2017) hat die SPD-Fraktion einen Antrag zur Erstellung eines Fuß- und Radweges zwischen Ringstraße und Apianstraße sowie Errichtung eines geschichtlichen Weges zur Vermessung Bayerns (Basispyramide) eingereicht.

Der Vorsitzende gibt das Antragsschreiben vom 29.08.2017 bekannt.

Der Antrag lautet wie folgt:

„Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Gemeinde Unterföhring errichtet eine Fuß- und Radwegeverbindung zwischen der Ringstraße und der Apianstraße, entlang der Basispyramide. Die Basispyramide ist dabei der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. In Zusammenarbeit mit dem Vermessungsamt wird ein geschichtlicher Weg zur Vermessung in Bayern angelegt.

Mit den Grundstückseigentümern sind Verhandlungen aufzunehmen.

45. Sitzung des Gemeinderates vom 18.10.2017

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Begründung:

Mit dem Fuß- und Radweg soll eine neue, autofreie Verbindung zur Verbesserung des Fuß- und Radwegnetzes in den südlichsten Gemeindeteil (Apian- und Gaußstraße) und in die Landeshauptstadt München hergestellt werden.

Die Basispyramide ist zudem als eines der bedeutendsten Denkmäler in Bayern aus dem Fokus der Öffentlichkeit geraten. Mit der Anlage eines geschichtlichen Weges zur Vermessung Bayerns und die Freilegung des Denkmals soll der Öffentlichkeit die historische Bedeutung der Basispyramide nähergebracht werden.

Beschluss: 22 : 0

Die Gemeinde Unterföhring errichtet eine Fuß- und Radwegeverbindung zwischen der Ringstraße und der Apianstraße, entlang der Basispyramide. Die Basispyramide ist dabei der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. In Zusammenarbeit mit dem Vermessungsamt wird ein geschichtlicher Weg zur Vermessung in Bayern angelegt.

Mit den Grundstückseigentümern sind Verhandlungen aufzunehmen.

AZ 6316

Bauamt

629

22

Anträge der SPD-Fraktion:

Radverkehrskonzept für ein fahrradfreundliches Unterföhring

Mit Schreiben vom 29.08.2017 (eingegangen am 30.08.2017) hat die SPD-Fraktion einen Antrag für ein Radverkehrskonzept für ein fahrradfreundliches Unterföhring eingereicht. Der Vorsitzende gibt das Antragsschreiben vom 29.08.2017 bekannt.

Der Antrag lautet wie folgt:

„Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Gemeinde Unterföhring setzt sich das Ziel, fahrradfreundlicher zu werden. Zur Förderung des Fahrradverkehrs im Gemeindegebiet wird deshalb die Verwaltung beauftragt, ein Radverkehrskonzept erstellen zu lassen. Dabei sollen unter anderem die Möglichkeiten von Fahrradstraßen, von Radfahr- und Schutzstreifen u.ä. auf Fahrbahnen untersucht werden.

Begründung:

Das Fahrrad steht für Bewegungsfreude, Schnelligkeit, Nachhaltigkeit, gesunde Mobilität und damit für Lebensqualität. Besonders die Verbesserung und Absicherung der alltagstauglichen Routen laden zum Umsteigen auf das Fahrrad ein. Die Gemeinde fördert bereits die Anschaffung von E-Bikes und setzt dabei positive Akzente. Um verstärkt zur Nutzung des Fahrrads im Alltag zu motivieren, sind aber weitergehende Verbesserungen des Radfahrens erforderlich.

45. Sitzung des Gemeinderates vom 18.10.2017

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Aufgrund der Umweltbelastung durch den stark zunehmenden Individualverkehr soll sich die Gemeinde um Maßnahmen bemühen, den Autoverkehr auf andere Verkehrsmittel zu lenken. Neben der Förderung des ÖPNV ist daher auch der Radverkehr zu fördern.

Vor allem für innerörtliche Fahrten ist der Radverkehr eine kostengünstige und umweltfreundliche Strategie, um Autofahrten zu reduzieren. Im Vergleich zum Ausbau des ÖPNV wären diese Maßnahmen relativ rasch umzusetzen.

Mit der Schaffung von Fahrradstraßen in Tempo-30-Zonen könnte sich beispielsweise die Einhaltung des Tempolimits deutlich verbessern, wodurch sich auch die Verkehrssicherheit erhöhen würde.

Auch der Komfort der Fahrradabstellanlagen im Gemeindegebiet sollte dabei optimiert werden.“

Beschluss: 8 : 14

Die Gemeinde Unterföhring setzt sich das Ziel, fahrradfreundlicher zu werden. Zur Förderung des Fahrradverkehrs im Gemeindegebiet wird deshalb die Verwaltung beauftragt, ein Radverkehrskonzept erstellen zu lassen. Dabei sollen unter anderem die Möglichkeiten von Fahrradstraßen, von Radfahr- und Schutzstreifen u.ä. auf Fahrbahnen untersucht werden.

Nachdem der Antrag keine Mehrheit fand, gilt er als abgelehnt.

AZ 6316
Bauamt

630 22 **Einheimischen-Modell nördlich der Aschheimer Straße; Überarbeitung der Vergaberichtlinien**

Der Bürgermeister erinnert daran, dass dem Gremium mit Schreiben vom 09.08.2017 Unterlagen (Richtlinien 2016 mit Stand 19.01.2016, bisherige Richtlinien aus 2011, PowerPoint Präsentation BBH vom 19.06.2017 und PowerPoint Präsentation Landkreis München) zur Meinungsbildung in den Fraktionen über die Sommerpause zur Überarbeitung der Vergaberichtlinien für das Einheimischen-Modell nördlich der Aschheimer Straße übersandt wurden.

Am 19.06.2017 sowie nochmals am 16.10.2017 erläuterte Herr Rechtsanwalt Dr. Reicherzer, BBH München, dem Gremium folgende Schwerpunkte und erläuterte insbesondere die folgenden Fragen:

Soll das Hauptwohnsitzkriterium von 5 Jahren bei der Antragsberechtigung beibehalten werden?

Soll eine Vermögensgrenze in Höhe des Verkehrswertes einer Bauparzelle eingefügt werden?

Welcher Abschlag vom Verkehrswert ist bei der Veräußerung zur Zielerreichung notwendig und vertretbar?

45. Sitzung des Gemeinderates vom 18.10.2017

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Herr Rechtsanwalt Dr. Reicherzer stellt auf Grundlage der in 2016 ermittelten Grundstückspreise folgende Beispielsrechnung, die noch gutachterlich nachzuprüfen wäre, auf: $150 \text{ m}^2 \times 1.700,00 \text{ €} = 255.000,00 \text{ €}$ (ohne Abschlag)

Der Bürgermeister weist daraufhin, dass der angegebene m^2 -Preis auf den Bodenrichtwerten des Gutachterausschusses des Landkreises München zum 31.12.2014 basiert. Die neuen Bodenrichtwerte für den Zeitraum von 01.01.2015 bis 31.12.2016 werden im Herbst 2017 veröffentlicht und lassen weiter gestiegene Grundstückspreise erwarten.

Herr Rechtsanwalt Dr. Reicherzer erläuterte am 16.10.2017 dem Gemeinderat die rechtlichen Grundlagen bzgl. Vermögenskriterium und Einkommensgrenze.

Weiter erläutert der Bürgermeister die Grundstückssituation im Einheimischen-Modell und weist auf die temporäre Kindertageseinrichtung am Römerweg hin. Nördlich angrenzend an die Kindertageseinrichtung wäre die Errichtung von zwei bis drei Reihenhauseinheiten (Zeile 14, 16 und 17) möglich. Der entsprechende Zeilenplan wurde dem Gremium zur Verfügung gestellt.

Die Zeilen 14, 16 und 17 weisen folgenden Maße bzw. Größen (Weg ist jeweils rausgerechnet) auf:

$21,00 \text{ m Tiefe} \times 42,50 \text{ m Länge} = 892,50 \text{ m}^2$ (Zeilen 14 und 16)
 $22,50 \text{ m Tiefe} \times 42,50 \text{ m Länge} = 956,25 \text{ m}^2$ (Zeile 17)

Die bisherigen Reihenhäuser im Einheimischen-Modell weisen eine Hausbreite von 6,50 m bis 8,50 m auf.

Beschluss: 9 : 13

Der Gemeinderat stimmt dem vorliegenden Entwurf der Vergaberichtlinien, Stand 19.01.2016, mit folgenden Änderungen und Ergänzungen zu:

- Das Hauptwohnsitzkriterium von 5 Jahren wird bei der Antragsberechtigung beibehalten.
- Es ist eine Vermögensgrenze in Höhe von 300.000 € vorzusehen
- Das zu versteuernde Einkommen der Antragsteller darf 100.000 € nicht überschreiten
- Es ist ein Abschlag vom Verkehrswert in Höhe von 65% zu gewähren.

Herr Dr. Reicherzer hat auf dieser Grundlage die Vergaberichtlinien zu überarbeiten.

Darüber hinaus sind die Richtlinien öffentlich bekannt zu machen und ein Bewerbungsverfahren für die Zeilen 14 und 17 mit jeweils sechs

45. Sitzung des Gemeinderates vom 18.10.2017

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Teilgrundstücken einzuleiten.

Da der Beschluss keine Mehrheit fand, gilt er als abgelehnt.

AZ 6100
Bauamt

631

22

Gemeindeeigenes Objekt an der Münchner Straße 73 (ehemalige Gaststätte Gockl); Sachstandsbericht und weiteres Vorgehen

Der Vorsitzende erinnert an den Gemeinderatsbeschluss vom 12.11.2015, Nr. 289, in dem Folgendes beschlossen wurde:

„Um das Ortsbild und den Charakter des bestehenden Ensembles zu erhalten sind für den Bereich der Münchner Straße / Kirchenweg Vorschläge (Planverfahren) mit folgenden Eckpunkten zu erarbeiten:

- a) Abriss des Bestandsgebäudes.
- b) Die Stellplätze sind in einer Tiefgarage einzuplanen, dabei ist die mögliche Anzahl an Stellplätzen zu ermitteln.
- c) Im Erdgeschoss ist - wie bisher - eine gastronomische Nutzung vorzusehen.
- d) Im 1. und 2. Ober- sowie im Dachgeschoss ist - wie bisher- eine Wohnnutzung vorzusehen.
- e) Die bestehende Metzgerei soll mit in die Planungen einbezogen werden (Erhaltung des Bestandes mit entsprechendem Anbau des Neubaus).
- f) Es ist eine Kostenschätzung für die geplante Maßnahme (Planvarianten)“ zu ermitteln und dem Gemeinderat zur Entscheidung vorzulegen.

Aufgrund dieser Beschlusslage wurde dem Gemeinderat in seiner Sitzung am 06.04.2017 (Nr. 553) die Variantenplanung, Stand 20.02.2017, vorgestellt. Der Gemeinderat hat dabei Folgendes beschlossen:

- Die Variante gemäß beiliegendem Entwurf (2 Alternativen) der CSU-Fraktion zum Neubau des gemeindlichen Objekts „Gockl“ im Charakter des ursprünglichen Gasthauses und Metzgerei zum Gocklwirt um 1950 mit EG, 1.0G und DG an der Münchner Strasse 73 und Realisierung notwendiger Stellplätze ohne Tiefgarage auf den gemeindlichen Grundstücken wird weiterverfolgt.
- Zusätzlich zur beschlossenen Variante in Form des Ergänzungsantrages der CSU-Fraktion (Neubau des gemeindlichen Objekts „Gockl“ im Charakter des ursprünglichen Gasthauses und Metzgerei zum Gocklwirt um 1950 mit EG, 1.0G und DG an der Münchner Strasse 73 und Realisierung notwendiger Stellplätze ohne Tiefgarage auf den gemeindlichen Grundstücken) wird diese mit einer Tiefgarage weiterverfolgt.

45. Sitzung des Gemeinderates vom 18.10.2017

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

- Der Gemeinderat folgt dem Meinungsbild des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses aus der Sitzung vom 21.02.2017, Nr. 372, und spricht sich dafür aus, dass die Varianten A1 und A2 Architekturbüro Hall, München, weiterverfolgt werden sollen.

Bei den ermittelten Kosten handelt es sich um Bruttobaukosten. Zuzüglich zu den Bruttobaukosten sind die Kostengruppen 500 (Außenanlagen), 600 (Ausstattung) und 700 (Baunebenkosten und Honorare) gesondert zu ermitteln.

Dem Gremium wird die Zusammenfassung der „vier“ Varianten mit Stand 17.09.2017 des Architekturbüros Hall, München, zugestellt.

Antrag zur Geschäftsordnung:

Der Vorsitzende gibt einen Änderungsantrag der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN vom heutigen Tage bekannt.

Der Änderungsantrag lautet wie folgt:

„Der Beschluss wird wie folgt geändert:

1. Der Gebäudekomplex wird in Gänze inklusive bestehender Metzgerei abgerissen. Die Verwaltung wird beauftragt, eine für den Betreiber der Metzgerei tragfähige Ersatzlösung zu erarbeiten. Z.B.: Ersatzstandort etc.
2. Das Grundstück wird in einem beschränkten „Architekten Wettbewerb“ überplant unter Berücksichtigung der umgebenden Bebauung wie Pfarrvilla, Bürgerhaus und Schule.
3. Für die Realisierung des „Architekten Wettbewerbs“ sind mit Hilfe z.B. der Bayerischen Architektenkammer ca. 5 geeignete Architekturbüros auszuwählen.
4. Das bereits vom Gemeinderat beschlossene Raumprogramm soll vollumfänglich im Wettbewerb übernommen werden.

Begründung:

Die jetzt bestehende Beschlussfassung, einen Teilabriss ohne Metzgerei vorzunehmen, halten wir für nicht sinnvoll. Das neue Gebäude müsste um den Metzger herum gebaut werden, was einen Mehraufwand, z.B. Unterfangung, Abschottung etc. bedeuten würde. Doch entscheidend ist für uns, dass der „unansehnlichste“ Teil des Gebäudes erhalten bliebe und sich an diesem Gebäudeteil eine Neuplanung orientieren müsste.

Dies kann Keiner hier im Gremium wollen.

Wie B 90/ DIE GRÜNEN bereits vor 6 Jahren im Antrag vom 29.11.2011 forderten, kann eine vernünftige Lösung nur im Zusammenhang mit der umgebenden Bebauung und einem kompletten Neubau realisiert werden.

Die Dauer (6 Jahre!) unser aller Bemühungen zeigt ja, und da schließe ich alle Fraktionen mit ein, wie schwierig dieses Grundstück sich darstellt. Auch die jetzigen, durchweg nicht befriedigenden, vorgelegten Varianten zur Tiefgarage machen es wieder deutlich.

45. Sitzung des Gemeinderates vom 18.10.2017

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Definitiv sind Fachleute von außerhalb gefragt, diese städtebauliche Situation zu analysieren und daraus für uns geeignete Lösungen zu entwickeln. Einbezogen werden soll auch unser vor kurzem gestellter Prüfauftrag auf Erwerb und Rückwidmung der Münchner Straße (ST 2053). Würde doch eine Rückwidmung der Straße eine erhebliche, positive Auswirkung auf die verkehrliche Situation und Planung des „Gocklwirt Areals“ haben. Was die zukünftige Nutzung des Gebäudes anbetrifft, ist die vom Gremium bereits beschlossene Nutzung in den Planungsprozess einzufließen. Ob mit oder ohne Tiefgarage, da sollten wir die Ideen von den beteiligten Architekten abwarten. Wir bitten um Zustimmung zu unserem Antrag, um eine für die Gemeinde tragfähige architektonisch ansprechende und städtebaulich vernünftige Lösung herbeizuführen.“

Der Vorsitzende lässt über die Zulassung des Änderungsantrages abstimmen.

Beschluss: 10:12

Nachdem die Zulassung des Antrages keine Mehrheit fand, kommt dieser nicht zur Beratung und Beschlussfassung.

Der Vorsitzende lässt über den ursprünglichen Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss: 14 : 8

Der Gemeinderat spricht sich für die Realisierung des gemeindeeigenen Objektes an der Münchner Straße 73 (ehemals Gaststätte Gockl) für folgende Eckpunkte aus:

- Das Gebäude ist nach historischem Vorbild mit UG, EG, 1. OG und einem Dachgeschoss (drei oberirdische Geschosse) zu planen.
- Im EG ist eine Gaststätte mit ca. 250 m² sowie einem Biergarten im Außenbereich vorzusehen.
- Im UG sind die erforderlichen Lager- und Nebenflächen sowie KFZ-Stellplätze (für Wohnungsnehmer bzw. Angestellte des Objekts, ohne Zufahrt mittels Rampe, z.B. mit einem Autolift) zu planen.
- Im 1. OG und im Dachgeschoss sind Wohnungen einzuplanen.
- Die sonstigen erforderlichen KFZ-Stellplätze (gemäß der gültigen Stellplatzsatzung der Gemeinde) sind auf der gemeindeeigenen Grundstücksfläche (Fl.Nr. 83) unterzubringen.

Die Verwaltung wird beauftragt, alle weiteren Maßnahmen (Ausschreibungsverfahren für die Beauftragung eines Architekten) einzuleiten. Die erforderlichen Mittel in Höhe von geschätzten 5 Mio. € brutto (Baukosten zuzüglich Baunebenkosten) sind für das Haushaltsjahr 2018 ff einzustellen.

AZ 622
Bauamt

45. Sitzung des Gemeinderates vom 18.10.2017

Lfd. Nr. Anwe-
 send

Vortrag - Beschluss

632 21 **Aufhebung des Baulinien- und Bebauungsplanes Nr. 6 für das Gebiet der Fl.Nrn. 100 und 1205 1/3 "Isarau", Aufstellungsbeschluss zur Aufhebung**

Der Erste Bürgermeister gibt dem Gremium die E-Mail von Frau Gehrke, Landratsamt München – Bauen, vom 22.08.2017 bekannt, in dem mitgeteilt wird, dass der Baulinien- und Bebauungsplan Nr. 6 für das Gebiet der Fl.Nrn. 100 und 1205 1/3 „Isarau“ aufzuheben ist, da das Aufrisschema bzgl. der Höhe und die Festsetzung zur Geschossigkeit etc. schon längst überholt sind. In diesem Zusammenhang wird auf den Beschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 26.09.2017, Nr. 445, hingewiesen, nachdem ein Bauvorhaben in diesem Bebauungsplanumgriff auf Empfehlung des Landratsamtes München zurück gestellt wurde.

Die Verwaltung weist darauf hin, dass nach der Aufhebung des Baulinien- und Bebauungsplanes Nr. 6 für das Gebiet der Fl.Nrn. 100 und 1205 1/3 „Isarau“ eine Bebauung nach § 34 BauGB (Einfügegebot) zu beurteilen ist.

Beschluss: 15 : 6

Der Aufhebung des Baulinien- und Bebauungsplanes Nr. 6 für das Gebiet der Fl.Nrn. 100 und 1205 1/3 „Isarau“, wird zugestimmt.

Es ist ein Aufhebungsbebauungsplan im Sinne des § 30 BauGB aufzustellen.

Das Gemeinderatsmitglied Herr Prieler hat bei diesem Tagesordnungspunkt den Sitzungssaal verlassen und an der Beratung und Abstimmung nicht mitgewirkt.

AZ 6100
Bauamt

45. Sitzung des Gemeinderates vom 18.10.2017

Lfd.
Nr. Anwe-
 send

Vortrag - Beschluss

633 22 **Bauleitplanung der Gemeinde Aschheim; 42.**
Flächennutzungsplanänderung

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass die Gemeinde Aschheim mit E-Mail-Schreiben vom 13.09.2017 zur 42. Änderung des Flächennutzungsplanes um Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß 4 BauGB gebeten hat. Die entsprechenden Unterlagen des Planungsverbands Äußerer Wirtschaftsraum München, Stand: 30.03.2017, wurden den Gremiumsmitgliedern zur Verfügung gestellt.

Die Gemeinde Aschheim plant nun mit dem 42. Änderungsverfahren den bestehenden Flächennutzungsplan in folgenden Bereichen zu ändern:

Änderungsbereich 1

Änderung von „landwirtschaftlicher Fläche, Aufforstung wünschenswert“ in „landwirtschaftliche Fläche“ und Entfall des Grünstreifens

Lage: östlich der B 471 und südlich der St 2082

Ziel/Zweck: Die Aufforstung wird nicht weiter angestrebt.

Änderungsbereich 2

Änderung von „Pflanzfläche“ in „Freizeit und Erholung“ und Entfall des Grünstreifens

Lage: nördlich der St 2082 und östlich des Wasserskisees

Ziel/Zweck: Die Pflanzfläche ist nicht erforderlich. Es wird eine Vergrößerung der Flächen für Freizeit und Erholung angestrebt.

Änderungsbereich 3

Änderung von „landwirtschaftlicher Fläche“ in „Kleingartenanlage“ und Entfall des Grünstreifens

Lage: nördlich der bestehenden Kleingartenanlage und südlich der Klausnerstraße

Ziel/Zweck: Es wird eine Erweiterung des bestehenden Kleingartenanlage nach Norden angestrebt.

Änderungsbereich 4

Änderung von „Ruhender Verkehr/ Parkplatz“ in „Private Grünfläche für Freizeit und Erholung“

Lage: nördlich des Heimstettner Sees und östlich des bestehenden Parkplatzes (bisheriger Überlaufparkplatz)

Ziel/Zweck: Anstatt als Überlaufparkplatz soll die Fläche nunmehr als Liegewiese dem Erholungsgebiet Heimstettner See dienen. Ersatzweise soll ein Teil des temporären Bauma-Parkplatzes als Überlaufparkplatz zur Verfügung gestellt werden.

Änderungsbereich 5

Änderung von „Fläche für die Landwirtschaft“ und „Erweiterung Erholungsgebiet“ in „Fläche für temporären Bauma-Parkplatz“

Lage: südlich der Klausnerstraße und östlich des bestehenden Bauma-Parkplatzes

45. Sitzung des Gemeinderates vom 18.10.2017

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Ziel/Zweck: Der bestehende temporäre Bauma-Parkplatz soll nach Osten erweitert werden.

Änderungsbereich 6

Änderung von „Grünstreifen“ in „Gewerbegebiet“

Lage: südlich der Klausnerstraße

Ziel/Zweck: Zur besseren Nutzung der bereits ausgewiesenen Gewerbefläche soll der Grünstreifen in der Mitte der Fläche im Flächennutzungsplan entfallen. Im späteren Bebauungsplan können Grünstreifen an sinnvoller Stelle festgesetzt werden.

Änderungsbereich 7

Anbindung des Gewerbegebietes Südost an die Staatsstraße St 2082 über die Lena-Christ-Straße

Lage: an der St 2082 im Bereich des bestehenden Edeka-Marktes

Ziel/Zweck: Der Anschluss des Gewerbegebietes an die St 2082 bezweckt eine schnellere Erreichbarkeit des temporären Bauma-Parkplatzes, des Gewerbegebietes und des Eventgeländes am Wasserskisee. Dadurch wird eine verkehrliche Entlastung des Gewerbegebietes angestrebt.

Änderungsbereich 8

Änderung von „Gewerbegebiet“ in „Freizeit und Erholung“

Lage: nördlich der St 2082 und westlich der Oskar-Maria-Graf-Straße

Ziel/Zweck: An dieser Stelle wird keine gewerbliche Nutzung angestrebt. Stattdessen sollen die Flächen für Freizeit und Erholung vergrößert werden.

Änderungsbereich 9

Änderung von „Freizeit und Erholung“ in „Gemeinbedarfsfläche Schule“

Lage: südlich der bestehenden Realschule

Ziel/Zweck: Diese Fläche soll für den Bau eines Gymnasiums zur Verfügung gestellt werden.

Darüberhinaus wird um Äußerung im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB gebeten.

Beschluss: 22 : 0

Der Gemeinderat nimmt die 42. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Aschheim inkl. der Unterlagen des Planungsverbands Äußerer Wirtschaftsraum München, Stand: 30.03.2017, in den vorgenannten neun Änderungsbereichen zur Kenntnis. Seitens der Gemeinde Unterföhring werden keine Anregungen oder Bedenken vorgebracht.

Zum Umweltbericht werden seitens der Gemeinde keine Äußerungen vorgebracht.

AZ 6100
Bauamt

45. Sitzung des Gemeinderates vom 18.10.2017

Lfd.
Nr. Anwe-
 send

Vortrag - Beschluss

- 634 22 **Bekanntgaben / Anfragen**
Bekanntgaben
Ortsrandeingrünung am Etzweg (Park am Etzweg); Sachstand
Mängelbeseitigung
- Die Firma May hat Anfang der KW 42 die Arbeiten wieder aufgenommen. Geplant ist dabei die Mängelbeseitigung (abgerutschte, unterspülte Böschungen) im Rahmen der Gewährleistung. Weiterhin werden im Rahmen eines Nachtrages umfangreiche Sickerrigolen erstmalig errichtet, nachdem sich herausgestellt hat, dass die Annahme des Landschaftsarchitekten Wankner und Fischer bezüglich der unverändert funktionierenden Versickerung des Oberflächenwassers falsch war.
- Aufgrund der derzeit nicht funktionierenden Versickerung des Oberflächenwassers wurde auch bereits kurz nach der Eröffnung die Solarpumpe für den Wasserkreislauf wieder außer Betrieb gesetzt, um die nicht versickernden Wassermengen nicht noch zu erhöhen.
- Der Zaunbau für die Ausgleichsfläche soll lt. Auskunft der Firma May in der KW 45 ausgeführt werden. Sämtliche Arbeiten sollen in derselben Woche abgeschlossen werden.
- AZ 6317
Bauamt
- 634 22 **Bekanntgaben / Anfragen**
Bekanntgaben
Überplanung der gemeindlichen Grünflächen in Teilbereichen der Isarau; Sachstand
- Der Bürgermeister gibt bekannt, dass der Spielplatz noch voraussichtlich bis Ende Oktober gesperrt ist, damit die Rasenflächen noch anwachsen können. Die Freigabe des Spielplatzes hängt von der Entwicklung der Rasenfläche ab. Bis Mitte November werden die Sträucher und Bäume von der Firma May gepflanzt sowie der Zaun am Schlittenberg gesetzt, danach erfolgt die Abnahme.
- Das Fronleichnamkreuz wird von der Katholischen Kirche und Pfarrgemeinde Unterföhring noch ausgesucht. Der Standort wurde im Sommer 2017 neben dem Spielplatz Kanalstraße Richtung Schützenheim festgelegt.
- AZ 631
Bauamt

45. Sitzung des Gemeinderates vom 18.10.2017

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

634

22

Bekanntgaben / Anfragen

Bekanntgaben Terminhinweise

Der Vorsitzende gibt der Öffentlichkeit folgende Termine bekannt:

- Seniorenbürgerversammlung am 26.10.2017
- Enthüllung Infotafel Basispyramide am 16.11.2017
- Informationsabend „Sicherheit in Unterföhring“ am 16.11.2017
- Grundsteinlegung Volkshochschule mit Musikschule am 17.11.2017
- Volkstrauertag am 19.11.2017
- Offizielle Übergabe der neuen Granittafel am Ortsgeschichtlichen Weg „1996 Bürgerentscheid S-Bahn Tunnelbau“ am 30.11.2017

634

22

Bekanntgaben / Anfragen

Anfragen

- Das Gemeinderatsmitglied Frau Schödl berichtet, dass seit längerem die Spiel- und Klettergeräte auf dem Schulgelände gesperrt sind und der Kies darunter entfernt ist.
Bauamtsleiter Herr Kapfenberger erläutert hierzu, dass unter den Spiel- und Klettergeräten Dämmplatten verlegt werden sollen. Hierbei kommt es zu Verzögerungen bei der Lieferung und somit auch beim Einbau. In 2018 wird hierfür eine Neuausschreibung notwendig. Sobald die Platten in ausreichender Anzahl geliefert sind, werden diese umgehend eingebaut und alsbald die Spiel- und Klettergeräte wieder freigegeben. Als Zwischenlösung wird der bisherige Kies als Fallschutz wieder eingebracht.
- Das Gemeinderatsmitglied Frau Schödl erkundigt sich nach dem Stand der Dinge hinsichtlich des geplanten Mietwohnungsbaus am Germanenweg. Hier wurde in der Bürgerversammlung berichtet, dass 2018 Baubeginn sein soll.
Der Vorsitzende bestätigt dies und teilt mit, dass bis Ende 2017 ein Architektenworkshop für einen Mietwohnungsbau am Germanenweg erfolgen soll. Die Vorstellung der darin erarbeiteten Wohnungszuschnitte erfolgt Ende 2017 / Anfang 2018
- Das Gemeinderatsmitglied Herr Weingärtner erkundigt sich nach dem Sachstand bezüglich der Realisierung des Ideenteils für die Hort- und Mittagsbetreuung auf dem Schulgelände an der Schulstraße.
Bauamtsleiter Herr Kapfenberger teilt hierzu mit, dass dies im Bauausschuss thematisiert wird.
- Das Gemeinderatsmitglied Herr Ilmberger berichtet, dass in der Bergstraße (zwischen der Münchner Straße und der Einmündung zur Kanalstraße) seit kurzer Zeit vermehrt Fahrzeuge am Fahrbandrand

45. Sitzung des Gemeinderates vom 18.10.2017

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

geparkt werden. Dies führt teils zu gefährlichen Situationen für
Fahrradfahrer und Begegnungsverkehr.
Der Vorsitzende sichert einen zeitnahen Ortstermin mit der Polizei zu.
Evtl. ist hier die Anordnung von Haltverboten sinnvoll.

- Das Gemeinderatsmitglied Herr Guist lobt die eingebrachte Drainage
am Parkfriedhof. Dies ist eine gute Lösung und die Wasserstauungen
sind merklich zurückgegangen.

AZ 0241
Hauptamt

Nachdem keine weiteren Wortemeldungen mehr vorliegen, schließt der
Vorsitzende die heutige öffentliche Sitzung um 22:35 Uhr und wünscht allen
Anwesenden einen schönen Abend und guten Nachhauseweg.

Im Anschluss wird die nichtöffentliche Sitzung fortgeführt.

Andreas Kemmelmeier
Erster Bürgermeister

Lothar Kipp
Schriftführer